

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 8 (1982)
Heft: 10

Artikel: Schwangerschaftsabbruch
Autor: Hässig, Jacqueline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359847>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schwangerschaftsabbruch:

Wer will eigentlich diese Initiative lancieren?

Eine Fristenlösung mit Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen ist seit der vorletzten Sitzung der Koordination begraben. Für die OFRA ist damit die Entscheidung gefallen: eine solche Initiative können wir nicht mitlancieren. Die Delegiertenversammlung der OFRA-Schweiz hat am 25. September nein gesagt zu einer Fristenlösung ohne Bezahlung durch die Kassen.

Trotzdem ist es für uns natürlich nicht unwichtig, wie die – mittlerweile auf ein Parteiengleß reduzierte – Debatte über eine Initiative zum Schwangerschaftsabbruch weitergeht. Übriggeblieben sind ja in der Koordination weitgehend politische Parteien, nämlich die SP, FDP, PdA, SVP, der LDU, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der SVSS, dessen Präsidentin übrigens auch eine SP-Frau ist. Die Stellung der einzelnen Organisationen, die sich mit einer Fristenlösung ohne Bezahlung durch die Krankenkassen einverstanden erklären konnten, sieht folgendermassen aus:

- SVSS: wird eine reine Fristenlösungsinitiative mitlancieren.
- SGB: hat an sich auch zugesagt, wird aber vielleicht nochmals auf seinen Entscheid zurückkommen, vor allem weil sich die Gewerkschaftsfrauen an ihrem Kongress für eine Fristenlösung mit Bezahlung ausgesprochen haben.
- FDP: hat kein Interesse mehr, höchstens Frauen aus einzelnen Sektionen.
- SVP: sowohl die Frauen wie auch die Jungen haben kein Interesse mehr.
- LDU: dasselbe
- PdA: hat zugesagt
- PSA Tessin: ebenfalls
- SP: hat an ihrem Parteitag dem Parteivorstand die Kompetenz erteilt, über eine Mitlancierung zu entscheiden. (Normalerweise wird das Lan-

cieren einer Initiative vom Parteitag entschieden). Es ist möglich, dass die SP nochmals einen Antrag stellt, damit die Frage der Bezahlung durch die Krankenkassen nochmals geprüft wird.

Und hier die Stellungnahmen der Organisationen, die die Koordinationssitzung aus Protest verlassen haben, als die Bezahlung durch die Kassen abgelehnt wurde:

- SGRA: unterstützt keine Fristenlösung
- Radikalfeministinnen: ebenso
- Infra: ebenso
- OFRA: Fristenlösung mit Bezahlung durch die Krankenkassen ist bereits ein Kompromiss, weiter gehen wir nicht.
- JUSO: Fristenlösung mit Krankenkasse, würden aber auch eine blanke Fristenlösung unterstützen.
- SGSG: muss nochmals diskutiert werden.
- SAP: Fristenlösung mit Krankenkasse, überlegt sich aber bereits, ob sie nicht auch blanke Fristenlösung unterstützen will.
- POCH: Entscheid, welche Initiative in Sachen Schwangerschaftsabbruch soll von der Frauenbewegung ausgehen. Es ist noch kein Beschluss gefasst worden.

Obwohl der Terminplan für die Lancierung einer Fristenlösungsinitiative bereits sehr genau feststeht, am Abstimmungswochenende vom 27. Februar soll bereits gesammelt werden, ist also doch noch sehr viel unklar. Aus Termingründen erscheint diese EMANZIPATION vor unserem Kongress. Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs wird dort sicher noch zu reden geben, über den Inhalt dieser Diskussion müssen wir unsere Leserinnen und Leser auf die Tagespresse verweisen. Nützlich für ungern!

die Redaktion

Zum Thema Schwangerschaftsabbruch hier die Meinung einer OFRA-Frau aus Basel. Der Artikel ist von der Redaktion gekürzt.

Was soll die OFRA in dieser Situation tun?

Die OFRA muss diese Initiative unterstützen. Es ist nicht möglich, einer breiten Öffentlichkeit (insbesondere den Frauen, die unter den jetzigen, rücksichtlichen Gesetzgebung leiden) zu erklären, dass wir zwar für das Recht auf Abtreibung sind und dafür kämpfen, diese Initiative jedoch nicht unterstützen, weil sie zu minimalistisch ist und weil sie die Frage der Bezahlung durch die KK nicht einschliesst. Wir würden uns isolieren, ins Abseits drängen lassen und unser Gewicht, das wir haben, nicht ausnützen. Ich glaube auch, dass es für den Aufbau verschiedener OFRA-Sektionen (Luzern, Baden, Biel, etc) wichtig sein wird, dass sie auf diesem Thema auftreten können und somit auch aufbauen können. Je nach Situation in den verschiedenen Städten wird es vielleicht auch möglich sein, mit Gewerkschafterinnen einheitliche Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen etc. zu organisieren. Solche Gelegenheiten können dazu dienen, einer breiteren Schicht von Frauen aufzuzeigen, was die OFRA ist und was sie will. Um zu zeigen, wie wichtig es ist, eine autonome Frauenbewegung zu haben, die sich für die Rechte der Frauen einsetzt.

Die Unterstützung der Fristenlösungsinitiative soll uns nicht daran hindern, zu erklären, warum wir nicht im Initiativkomitee sind.

Es ist unser Aufgabe, eine klare, offensive Kampagne zu machen und aufzuzeigen, dass die Frage der KK nicht eine "Nebenfrage" ist, wie die bürgerlichen Frauen und die SP sie hinzustellen versuchen, sondern, dass es eine zentrale Frage ist, ob der Schwangerschaftsabbruch eine Frage der "Finanzen" bleiben soll. Und das Errungenschaften verteidigt werden müssen (die Bezahlung ist erst seit dem März 82 im KUVG garantiert).

Jacqueline Hässig